

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

290 (11.12.1915) [Erstes Blatt]

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Einzelheft monatl. 76 P., vierteljährl. 2,26 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postfach Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 3/4. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 14 Seiten.

Wirkliche Friedenszeichen.

Reichstagsabg. Genosse Dr. Quard schreibt der „Frankfurter Volksstimme“:

Was die Sozialdemokratie zur Herbeiführung eines möglichst baldigen Friedens zu unterstreichen und zu betonen hat, das sind nicht politische Spekulationen und Betrachtungen und Wünsche, die noch ohne materiellen Rückhalt bleiben und mit denen ich mich in meinem letzten Artikel auseinandersetzte, sondern wirtschaftliche Tatsachen und Entwicklungen, die selbst und schon im Kriege zeigen, daß sie sich als Vorboten des künftigen Friedens durchsetzen. Da stehen wir als Sozialisten auf festem Boden, von dem aus weiterzubauen ist.

Allen Kennern der europäischen Handelsverhältnisse während dieses Krieges ist es bekannt, daß sich ein gewisser Teil der deutschen und österreichischen Ausfuhr trotz aller Schwierigkeiten der Seeschifffahrt in steigendem Umfange durchgeführt hat. Das internationale Austauschbedürfnis und die internationale Arbeitsteilung erwiesen sich als mächtiger, denn der Weltkrieg. Gewisse große Warengruppen, die die Welt von Deutschland braucht und die sich ebenfalls nicht zu ersetzen sind, haben sich doch den Weg durch den Ozean gebahnt. Und zwar nicht etwa auf verbotenen Wegen, im Stillen Englands, sondern in mehr oder weniger ausdrücklichem Einverständnis mit unseren Seegegnern, zuerst als „Ausnahmen“, dann fast als Regel, unter gewissen engen Bedingungen, dann unter erweiterten Möglichkeiten. In diesen Wochen weilen wieder Amerikaner als Käufer in Deutschland. Sie sind in unser Land gekommen, ohne von England behindert zu werden, und sie holen bei uns Industrieprodukte neutraler Beschaffenheit, gegen deren Ausfuhr auch unsere Regierung nichts einzuwenden hat, besonders, wenn dafür die Deutschland gut gebrauchten kann, in unser Land kommen (hög. Kompensationsverkehr). Von diesem Austausch, der sich durchsetzt trotz aller Hindernisse, weil die wirtschaftlichen Bedürfnisse viel zu mächtig sind, als daß sie sich auch im Krieg ganz unterdrücken ließen, weiß der deutsche Exporteur nichts. Er glaubt in hohem Maße, wir trotzdem mit unserer Unberücksichtigung und Beunruhigung der englischen Blockade mit der unangenehmen Weigerung, dem Weltmarkt das kleinste Stückchen deutscher Ware zu geben. Die deutschen, englischen und amerikanischen Banken und die Handelsbanken großen Stils auf allen Seiten wissen es besser. Der Warenaustausch dieser Art nimmt zu, nicht ab. Die großen Wirtschaftsmächte setzen sich durch. In diese Tatsachen, die sich natürlich nicht in öffentlicher Reichstagsitzung ordern lassen, die eine Entschlüsselung für sich bilden neben der fahlen convenue des unarmbrennigen „Erschöpfungskrieges“, müssen die Kriegsführenden wohl oder übel anknüpfen. Sie können sie weder von England noch von Deutschland aus befeitigen. Mit der Zeit werden sie auf sie eingehen und sich mit ihrem Wachstum abfinden müssen. Dann nähert sich der Augenblick, in dem der Krieg aufhört, die Hauptphase zu sein und der Handelsverkehr wieder die Hauptphase wird. Den richtigen Moment zur Geltendmachung dieser Entwicklung zu erfassen, das ist die große Aufgabe, an der sich das Friedensgedächtnis Deutschlands oder Englands erproben wird!

Die Anzeichen dafür, daß die Notwendigkeit der Anerkennung deutscher Geltung auf dem Weltwirtschaftsmarkte und dem Gebiete großzügiger Organisation sich auch bei unseren Gegnern immer mehr Bahn bricht, bekommen sich erfreulich zu mehren. Das Organ der Moskauer Großindustriellen, „Utro Kossik“, bekennet die Schwäche Russlands, das sich zu sehr „vor Neuerungen fürchtet“ und „Kriegerisch nur übernehme, was sich beim Feind bewährt“ habe. Das ist, wenn auch noch bedingt und beschränkt, der Anfang der Rückkehr zur Vernunft auch im russischen Wirtschaftskreis, eine deutliche Verbeugung vor deutschen Wirtschaftstalenten und Erfolgen, die mit dem durch russische Truppenbewegungen veränderten Krieg in starken Gegensatz steht. Deutschland hat also seine großen Verdienste um die Weltwirtschaft, und die anderen können doch nicht auf ohne unser Beispiel auskommen! Wobei natürlich ebenso feststeht, daß wir gar manches auch vom Ausland brauchen und lernen müssen! Ebenso mühen ein paar bezeichnende Auszüge des deutschfreierischen „Corriere della Sera“ in Mailand in dieser Kriegszeit geradezu wunderbar an. Man muß nur wissen, daß das Mailänder Blatt den Eintritt Italiens in den Krieg direkt gemacht hat und daß es die richtige Kriegskompetenz unserer verbündeten Gegner weit über Italien hinaus ist. Dann wohl, in seinen Spalten kommt jetzt der Senator L. Verini zu Wort und ruft dort halb im Grauen, halb in heller Bewunderung aus: „O Deutschland, wie riesig bist du, wie barbarisch, wie bewunderungswürdig, wie großartig!“ Das ist alles möglich an dieser Stelle. Noch mißfällt die frühere Begeisterung Deutschlands mit seiner Anerkennung. Aber daß doch die letztere allmählich aus der ersten herauswächst und die fürchterliche Animosität zueinander abnimmt, die in den ersten Kriegsmomenten die Länder der Entente besaß, ist

eben doch eine Wendung zu unseren Gunsten und zur Würdigung der Rolle Deutschlands im europäischen Völkerverkehr, die den Frieden politisch und wirtschaftlich besser vorbereiten hilft, als alle Deklamationen. Man nehme dazu, wie dieser Tage das Organ der französischen Sozialisten unsere gewerbliche und kulturelle Höhe zu preisen begann und man darf sagen, daß auch im Frontreich eine Umkehr von der bloßen Politik der blinden Schmähungen gegen Deutschland erfreulich sich vollzieht. Die Umkehr wird vielleicht durch die Anstrengungen der friedensfreundlichen Arbeiterorganisationen in Frankreich noch wirksam unterstützt werden.

Das sind wirkliche Friedenszeichen, machtvolle Aufhebungen aus der Welt der ökonomischen Tatsachen, deren Bedürfnisse doch am letzten Ende entscheiden. An sie soll die deutsche Regierung für die Gewinnung von Verhandlungsmöglichkeiten anknüpfen, auf sie wollen wir die noch unbefehrten Gegner hinweisen. Mit diesen Argumenten aus dem praktischen Wirtschaftsleben läßt sich auf den notwendigen Frieden hinarbeiten, wenn wir nur die Stärke, die Geduld und das Geschick haben, sie für uns so laut als möglich sprechen zu lassen.

Wachsen oder sterben.

Dies Entweder-Oder bildet die Überschrift eines Leiters der „Humanität“ vom 4. Dezember d. J. Es wird darin dem französischen Völkerverkehr, wie es seine Lebensfähigkeit für die Zukunft nur erhalten könne, wenn es sich die in Deutschland herrschende Arbeitsenergie angeeignet. Sie sei so außergewöhnlicher Art — ein wahrer Durchbruch nach Fortschritt herrsche dort —, daß man selten ein Unternehmen finde, dessen technische Einrichtungen sich vom Vater auf den Sohn übertragen. Alle Verbesserungen, trägt in Deutschland vielmehr einen praktischen Charakter; kaum entstanden, werden sie, ohne Rücksicht auf die Kosten, durch neue, wiederum verbesserte Arbeitsmittel ersetzt.

Nachdem dann die Entwicklung einiger Industriezweige wie der chemischen und Farbenindustrie eingehend geschildert wird, zieht die „Humanität“ aus alledem ganz sonderbare Schlüsse. Denn die Aufgabe des französischen Volkes, in die deutschen vorbildlichen Verhältnisse hineinzuwachsen, soll am besten erreicht werden, wenn man die Deutschen zu Boden schlägt. „Denn“, heißt es wörtlich, „die Deutschen sind viel gefährlichere Vorkuren als ihre Vorfahren. Zu ihrem Mangel an moralischer Gesinnung gesellt sich jetzt das Verlangen für die Wissenschaft, wodurch sie insinuiert sind, ihre materielle Macht zu vergrößern. Daraus folgt, daß, nachdem sie unsere kaperen Soldaten im Verein mit unsern Verbündeten geschlagen haben, wir uns technisch und industriell auf ihre Stufe emporarbeiten müssen, wenn wir von ihnen nicht vollständig ausgegoren werden wollen. Es gibt keinen anderen Weg: entweder werfen wir unser oberaltetes ökonomisches und politisches System über Bord, oder wir werden vor dem Anmarsch der 82 Millionen Deutschen zurückgedrängt, die wir nur vorübergehend besiegt haben, weil wir ihre Eigenschaften nicht unterdrücken werden. Die französische Demokratie ist zwischen dem Dilemma eingeklemmt: Wachsen oder Sterben.“

Dazu bemerkt die „Münch. Post“: Diese vernünftige Anerkennung der deutschen Überlegenheit wird offensichtlich verkennt durch den unsinnigen Schluß, daß man die vorbildlichen „Vorkuren“ erst totschlagen müsse, ehe man zu ihnen emporsteigen könne.“ Nach dieser ungehörigen Logik braucht der Schwache nicht hart zu werden, um den Stärkeren zu überwinden. Das aus solchen Ausführungen hervortretende hohe Selbstvertrauen, von dem die ganze französische Presse beherzigt ist, auch in dem führenden Organ dieser französischen Sozialdemokratie zu finden, ist nicht nur beklagenswert, sondern auch für die deutschen Parteigenossen lehrreich, die angesichts der brutalen Wirklichkeiten noch immer utopische Epifindigkeiten züchten.

Die Friedensfrage im englischen Unterhaus.

London, 9. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des Westfälischen Biers. Im Unterhause forderte Snowden (Arbeiterpartei) Asquith auf, zu versprechen, daß kein durch ein neutrales Land oder die kriegführenden Länder gemachter Vorschlag zu Friedensverhandlungen, der die Klüftung erobert Gebiete zur Basis habe, ohne das Wissen des Parlaments zurückgewiesen würde. Asquith antwortete, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Rußland seien übereingekommen, keinen Sonderfrieden zu schließen. Wenn ernstgemeinte Friedensvorschläge von den feindlichen Regierungen entweder direkt oder durch neutrale Länder gemacht würden, dann würden sie zuerst von den verbündeten Regierungen besprochen werden; bis dahin könne er kein anderes Versprechen geben. Sollten Friedensvorschläge gemacht werden, dann würde die Regierung es für wünschenswert halten, das Parlament so früh wie möglich ins Vertrauen zu ziehen.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Berlin, 9. Dez. Der Hauptausschuß des Reichstages begann heute Abend eine Einzelberatung der zur Ernährungsfrage vorliegenden Anträge. Das Zentrum ersuchte den Reichskanzler, zur Versorgung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln usw. insbesonders eine Zentralkommission für Lebensmittelversorgung im Bundesrat zu schaffen unter Hinzuziehung

eines Beirats, der aus von dem Reichstag ernannten Mitgliedern besteht. Die Zentralkommission solle auch das Recht erhalten, Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu enteignen, um sie den Kommunalverbänden zu überlassen. Staatssekretär Dr. Delbrück verwies auf die Einrichtung der Reichsprüfungsstelle, die dem Antrag in der Hauptsache entspreche. Die Schaffung einer mit Beschlagnahme- und Enteignungsbezugnis ausgestatteten Zentralkommission beim Bundesrat sei verfassungs- und verwaltungsrechtlich nicht durchführbar. Wenn in Bezug auf den Ausbau und die Geschäftsordnung der Reichsprüfungsstelle Wünsche beständen, so werde er sie gewiß entgegenkommend prüfen. Dem Wunsch auf Mitwirkung der Abgeordneten im Beirat der Reichsprüfungsstelle sei in vollem Umfange Rechnung getragen. Uebrigens seien sowohl in den einzelnen Provinzen wie in den Gemeinden Prüfungsstellen geschaffen oder in der Bildung begriffen. Im Zusammenwirken dieser Stellen mit der Reichsprüfungsstelle werde man einen Ueberblick über die Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt gewinnen.

Verhandlungen der Budgetkommission der 2. Kammer

(Schluß der Sitzung vom 8. Dezember, vormittags.)

Zu Titel II § 4 des Voranschlags erklärt ein Mitglied im Vertrauensmännerratschluß und in den einzelnen Fraktionen sei einmütig die Auffassung zum Ausdruck gekommen, daß die Abgeordneten mit Rücksicht auf die kurze Dauer des gegenwärtigen Landtags und auf die Zeitverhältnisse auf einen Teil der ihnen gesetzlich zukommenden Aufwandsentschädigung verzichten sollten. Nachdem mehrere Mitglieder sich zur Frage geäußert haben, wird beschlossene, eine Kommission zur Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs zu bilden.

Der Voranschlag des Staatsministeriums wird für angenommen erklärt.

Die Kommission tritt sodann in die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts ein.

Zu Titel I § 5 bestätigt der Herr Minister des Kultus und Unterrichts die Vermutung eines Mitgliedes, daß die Nichtbekanntgabe der statistischen Erhebungen auf die Einberufung eines großen Teils der Beamten des Ministeriums zurückzuführen sei. Gegenüber der Bemerkung eines andern Mitgliedes, daß die schulfachstatistischen Erhebungen in der gegenwärtigen Zeit für die Schule eine große Belastung bedeuten, weist ein Regierungsvertreter darauf hin, daß das Ergebnis der Erhebung über die Beschaltung der Schulverhältnisse in der Kriegszeit späterhin von besonderer Bedeutung sein werde.

Bei der Beratung des Voranschlags der Hochschulen gibt der Berichtstatter an der Hand der von der Regierung mitgeteilten Zahlen einen Ueberblick über die Entwicklung des Krieges auf die Besatzung der Landeshochschulen und erwähnt, daß nach den bisherigen Feststellungen an der Universität Heidelberg 194, an der Universität Freiburg 177 und an der Technischen Hochschule 64 Studierende auf dem Felde der Ehe gefallen sind.

Von einer Seite wird die Verschärfung der Anforderungen bei der Doktorprüfung in Heidelberg gewünscht. Der Herr Minister wendet sich gegen das Vorurteil, als ob die Doktorprüfung in Heidelberg besonders erleichtert sei.

Mit der Verwendung von Hochschullehrern als Offiziere an den Landgerichten Freiburg und Heidelberg sind nach der Darlegung des Herrn Ministers gute Erfahrungen gemacht worden.

Ein Redner lenkt die Aufmerksamkeit auf die Ausländerfrage an den Universitäten und Technischen Hochschulen. Er weist insbesondere darauf hin, welche Rolle im gegenwärtigen Kriege auf der Seite unserer Feinde Techniker gespielt haben, die auf den deutschen Technischen Hochschulen mit deutschen Steuermitteln ausgebildet worden sind und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß auf dem nächsten Landtag alle diese Verhältnisse eingehend geprüft werden. Diese Ausführungen werden von einer Reihe von Mitgliedern lebhaft unterstützt. Auch der Herr Minister hält nach den gemachten Erfahrungen große Vorzucht in der Behandlung der Ausländerfrage, soweit die an Technischen Hochschulen in Betracht kommen, für geboten; die Neuregelung der Ausländerfrage nach dem Kriege werde gemeinsame Aufgabe der Bundesregierungen sein.

Auf die Anfrage eines Mitgliedes, ob nicht im Hinblick auf die Kriegsteuerung die Verpflegungsbeiträge in den Universitätskassen für die höheren Verpflegungsklassen erhöht werden seien, erwidert ein Regierungsvertreter, daß in Heidelberg erst 1913 eine solche Erhöhung festgefunden habe. Von einer weiteren Steigerung der Sätze habe man abgesehen, weil die finanzielle Lage der im Staatsbetrieb stehenden Kliniken sie nicht habe geboten erscheinen lassen. Auch habe sich in Heidelberg und Freiburger Kliniken während des Krieges bereits eine Abwanderung von der ersten in die zweite und von der zweiten in die dritte Verpflegungsklasse bemerkt gemacht, die darauf hinweise, daß eine weitere Erhöhung der Verpflegungssätze während des Krieges auch für die wohlhabenderen Kreise nicht erträglich sei.

Die von mehreren Seiten beifürwortete Aufhebung der Postabteilung an der Technischen Hochschule kann der Herr Minister nicht in Aussicht stellen. Es bedürfe vor allem eingehender Prüfung, ob überhaupt nennenswerte Ersparnisse durch diese Aufhebung gemacht werden könnten.

(Sitzung vom Dienstag, 7. Dezember, nachmittags.)

Gegenstand: Fortsetzung der Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Zu § 2 der Einnahmen im Voranschlag der Universität Heidelberg: „Zuschüsse aus Stiftungen“, gibt der Herr Minister

iter des Kultus und Unterrichts auf Anfrage eine nähere Ent-
scheidung des Betrags. Zur entsprechenden Position im Vor-
anschlag der Universität Freiburg erklärt der Herr Minister,
er habe die jetzige Finanzlage hier der jetzigen
Verhältnisse aus Stützungen wie früher eingesetzt worden, doch werde
nach Eintritt normaler Verhältnisse entsprechend einem schon
früher im Landtag vorgetragenen Wunsch die Position einer
Nachprüfung unterzogen werden.

Die Erhöhung der Anordnung für die Bibliothek der
Universität Freiburg von 26 000 auf 29 000 M. wird von einem
Regierungsvertreter durch nähere Erläuterung der
Finanzlage der Bibliothek begründet. Von wissenschaftlichen
Gesellschaften seien außerdem in dankenswerter Weise namhafte
Beiträge gestiftet worden, so daß die Bibliothek über die der-
zeitige schwierige Lage hinwegkommen werde. Über den „Zu-
schuß aus der Stützungen und anderen Klassen“ an die
Technische Hochschule in Karlsruhe macht der Herr Minister
auf eine Anfrage ebenfalls nähere Angaben.

Die Beratung des Voranschlags der „Höheren Schulen“
wird seitens des Berichterstatters eingeleitet durch eine
kurze Zusammenfassung des Inhalts der von dem Groß-
senatorministerium der Kommission gemachten schriftlichen
Mitteilungen über die Einwirkung des Krieges im Geschäfts-
gebiet der Höheren Schulen und Volksschulen. Die „Mittei-
lungen“ sollen gedruckt und dem vom Berichterstatter zu er-
stattenden schriftlichen Bericht als Anlage beigegeben werden.

Ein Mitglied bedauert den Rückgang der Schülerzahl
an den Gymnasien und findet einen wesentlichen Grund hier-
für in der Höhe des Schulgeldes gegenüber demjenigen der
Realschulen; es empfiehlt sich, möglichst gleiche Schulgel-
der einzuführen, vielleicht auf dem Wege, daß der Staat das Schul-
geld für die Gymnasien um einiges herabsetze, die Städte ander-
seits dasjenige für die Realschulen etwas erhöhen. — Eine
Änderung des Lehrplans der Höheren Schulen sei notwendig;
insbesondere müsse Deutsch, neue Geschichte und Geographie
mehr gepflegt werden. — Obligatorischer Gesangsunterricht in
der Sekunda sei nicht empfehlenswert, da die meisten Schüler
dieser Klasse mutieren.

Ein anderes Mitglied geht auf die Frage der Lehramts-
praktikanten ein und spricht die Erwartung aus, daß die Folgen
des Krieges und die noch demselben mit aller Kraft zu betrei-
bende Förderung der Auslandsschulen eine Besserung der Be-
hältnisse bringen werden. — Die Lösung, Lehramtspraktikanten,
die in der Prüfung lediglich in einem Hauptfache Be-
fähigung nachgewiesen haben, nicht in den staatlichen höheren
Schuldiens zu übernehmen, siehe im Widerspruch mit § 26 der
Prüfungsordnung. Das Mitglied fragt an, wie die Regierung
die im Felde befindlichen Praktikanten, welche das Probejahr
noch nicht abgelegt haben, zu behandeln gedenke; ob auch von
diesen nach dem Kriege die Wegung des vollen Probejahres ver-
langt werden solle und ob man auch den Kandidaten, die im
Felde stünden, für die Prüfung Erleichterungen gewähren wolle.
— Der Rückgang der Schülerzahl der Gymnasien sei nicht zu
bestreiten; dieselbe habe betragen 1912: 4773, 1913: 4588, 1914:
8975. An eine Änderung des Lehrplans der Höheren Schulen
werde man nach dem Kriege herantreten und insbesondere dem
Deutsch eine zentrale Stellung geben, auch Geschichte und
Geographie mehr berücksichtigen müssen. Vor allem aber müsse
eine entsprechende germanistische Vorbildung sämtlicher Lehrer
zu diesem Zwecke gefordert werden. Auch in Bürgerkunde soll-
ten die Lehrer unterrichtet sein und sich einen eingehenderen
Einsicht in die Zusammenhänge der Weltgeschichte verschaffen.
— Gegen die marxistische Weltanschauung gewisser Privatschulen
im Mannheim müsse vorgegangen und ihr Betrieb einer regel-
mäßigen eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Der Herr Minister weist zunächst darauf hin, daß das
Ministerium wegen der besonderen Wertung der Geographie in
der heutigen Zeit eine allgemeine Anordnung an alle Anstalten
erlassen habe. Die Beanstandung des Vorrednes hinsichtlich
der Nichtübernahme der Praktikanten mit nur einem Haupt-
fach in den staatlichen höheren Schuldiens scheine ihm der
Wichtigkeit nicht zu entsprechen; er werde in eine nähere Prüfung
hierüber eintreten. Was die Prüfung der Lehramtspraktikanten
angeht, so müsse man im allgemeinen schon im Interesse des
früheren Unterrichts der jungen Leute daran festhalten, daß
sie diejenigen Kenntnisse nachweisen, deren Besitz seitens des
Staates als Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit im
öffentlichen Dienst betrachtet werde. Für die infolge des Krie-
ges veränderte Lage der Prüfung werde man durch entspre-
chende Nachbesserung der Prüfung etwaige Schwächen ver-
meiden können. Hinsichtlich der Wegung des Probejahres werde
seinerzeit zunächst entgegengekommen werden, soweit es über-
haupt mit den Interessen der Ausbildung vereinbar sei.

Ein Regierungsvertreter geht auf die zur Ände-
rung des Lehrplans, insbesondere des Gymnasiums vorgetra-
genen Wünsche näher ein. Die meisten derselben fänden in den
in Baden bestehenden Verhältnissen keine Begründung. Der
russische Lehrplan sei seit langem dem fast aller andern Bun-
desstaaten voraus und doch auch im Einzelfalle richtig gehand-
habt. Die zentrale Stellung sei dem Deutschen gegeben; beim
Zusammenstoßen der Lehrer aller Fächer, und innerhalb des
Unterrichts in Geschichte (einschließlich Geographie) sei Ein-
führung in die neue und neueste Zeit gleichfalls schon früher
vorgeschrieben. Die Aufgaben der einzelnen Klassen (VII bis
O I) durch Verordnung so zu verschieben, daß der letzten Klasse
(O I) bloß noch die Zeit der Entwicklung Deutschlands und sei-
ner politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Umwelt
seit Ende des 18. Jahrhunderts vorbehalten bleibe, entsprechen-
den Anordnungen, die im November 1913 eine Direktorenkonfe-
renz gegeben habe, sei nur durch den Krieg aufgehalten wor-
den. Während seiner Dauer veränderte sich jede Neuregelung der
Lehrpläne von selbst durch die bei dem Lehrerbuch und Lehrer-
mangel herrschende Unsicherheit des Unterrichtsbetriebs; und
auch dem Kriege müsse im Schulwesen erst die Wiederkehr
ruhiger Zustände und die Klärung der Anschauungen über alle
Unterrichtsbedürfnisse abgewartet werden. Die Gelegenheit ent-
sprechender Vor- und Fortbildung bestehe für die Lehrer sowohl
während ihrer Studienzeit als auch zur Zeit der Einführung
in ihre pädagogische Tätigkeit, und es sei zu erwarten, daß davon
voller Gebrauch gemacht werde.

Ein anderer Regierungsvertreter hält den durch
die Errichtung von Realschulen verursachten Rückgang des
Besuchs der Gymnasien vom Standpunkt des Bundes aus nicht
für bedauerlich. Durch die Gründung von Realschulen in
den großen Städten sei der Staat der Notwendigkeit, neue
Gymnasien zu errichten, überhoben worden. Das am Gyn-
nasium erhobene Schulgeld sei höher als das der neuerrichteten
Realschulen, aber immer noch niedriger als in den anderen
Bundesstaaten. Daß die Städte einer Anregung zur Erhöhung
des Schulgeldes der Realschulen für dessen Festsetzung für
sie wesentlich gemeindepolitische Gesichtspunkte maßgebend seien,
solche geben würden, müsse bezeugt werden. In einem dem
Ministerium bekannt gewordenen Fall übertriebener
Höhe der Realschulen habe man dem Unternehmer unter
dem Gesichtspunkt der Veranschlagung der fiktionalen Minderwertigkeit
die Zurückziehung der Genehmigung angedroht. Nötigenfalls
werde man, wie dies in andern Staaten geschehen sei, bei einer
Änderung der gesetzlichen Vorschriften über die Privatschulen
entsprechende Vorkehrungen zur Bekämpfung des Aufstiegs auf-
nehmen.

Ein Mitglied bedauert die in großer Zahl im Felde ge-
fallenen Lehrer und Schüler; die zahlreiche Wegung von
Kriegsfreiwilligen aus ihren Reihen habe bewiesen, daß der

an den Höheren Lehranstalten gepflegte Geist der richtige sei.
Freiwillige seien aus allen Anstalten im gleichen Maße zur
Fahne geeilt. — Was beabsichtige die Regierung mit den wäh-
rend des Krieges eingestellten weiblichen Lehrkräften nach Fried-
ensschluß zu tun? — Der Rückgang des Besuchs der Gyn-
nasien sei im Hinblick auf die Ueberfüllung der gelehrten Be-
rufe nicht zu bedauern. Eine gewisse Besserung in letzterer Be-
ziehung sei übrigens schon zu verzeichnen infolge der großen
Verluste, welche die Lehrerschaft bisher im Kriege erlitten habe;
auch habe der Zugang zum philologischen Studium erheblich
abgenommen. Die Ueberfüllungsfrage regte sich von selbst. Ein
besonderes Eingreifen sei nicht nötig. — Gegen eine Erhöhung
des Schulgeldes für die Realschulen müsse er sich entschieden
ausprechen. — Im Felde stehende Praktikanten, welche seit-
her abgelehnt worden seien, sollten in den staatlichen Dienst
übernommen werden. Der Frage der Auslandsschulen müsse
in Zukunft größere Aufmerksamkeit gewidmet werden; es handle
sich hierbei um allerwichtigste politische Fragen; die Verdrängung
des französischen Einflusses im Orient sei nur hierdurch mög-
lich. Insbesondere müsse für die aus dem Auslandsdiens
zurückkehrenden Lehrkräfte gesorgt und mühten ihnen die Aus-
landsjahre im Staatsdiens anzurechnen werden. — Bei der
Beratung der Lehramtspraktikanten müsse man die richtige
Mitte zwischen enghloppädagogischer und Praktikum einhalten.
Vor einseitigem Spezialstudium müsse gewarnt werden.
Sämtliche Lehrer sollten eingehende Kenntnisse in Deutsch,
Geschichte, Geographie und Bürgerkunde besitzen; namentlich der
wirtschaftspolitischen Geographie sei größere Beachtung zu
schenken. Eine Änderung des Lehrplans in der gegenwärtigen
unruhigen Zeit sei allerdings nicht zu empfehlen. — Die Auf-
sicht über die Privatschulen müsse energischer gehandhabt wer-
den; namentlich auf dem Gebiete der Handelschulen beständen
zurzeit erhebliche Mängel. Einzelne Handelschulen machten
sich sogar ansehnliche Schülerzahlen in sechs Wochen auszubilden!
Nötigenfalls müsse eine gesetzliche Handhabe zum Eingreifen
gegen diese Mängel geschaffen werden.

Der Herr Minister vertritt die Anschauung, daß ein
Teil der während des Krieges eingestellten Lehrerinnen nach
dem Kriege zur Ausfüllung der Lücken, die der Krieg in den
Reihen der männlichen Lehrkräfte gerissen habe, notwendig
sein werde; ein weiterer Teil, und zwar alle jene, die lediglich
zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs sich zur Verfügung
gestellt hätten, werde von der Lehrerschaft wieder zurücktreten,
so daß die Zahl derer, die überflüssig seien, jedenfalls nur sehr
klein sein werde. Den Ausführungen über die künftige Be-
deutung der Auslandsschulen trete er vollkommen bei. Die-
jenigen Lehrer, die früher an Auslandsschulen tätig gewesen
seien, hätten solche Stellen zum Teil aus eigenen Inter-
essen angenommen. Man habe ihnen aber bisher schon ihr
Dienstalter gewährt und sie nur nach der Rückkehr zunächst eine
Zeitlang provisorisch verwendet; nach den neuerdings getroffenen
Bestimmungen würden die im Ausland verbrachten Jahre unter
gewissen Voraussetzungen ohne Einschränkung der im Auslande
zugebrachten Dienstzeit gleich geachtet; im übrigen werde die
Frage im Anschluß an die etwa weiter hervorzuhebenden Bedürf-
nisse von neuem geprüft werden.

Ein Mitglied nimmt entschieden Stellung gegen eine
Erhöhung des Schulgeldes an den Realschulen, da eine solche
sehr bedenkliche Folgen für die Kinder der Arbeiterfamilien
haben könne. — Nach dem Kriege müsse auch die Frage erwoh-
nen werden, ob nicht das ganze bestehende Schulsystem zu ändern
und die Höheren Schulen auf der Volksschule aufzubauen seien.
Einer Ueberfüllung der gelehrten Berufe müsse mit allen Mit-
teln vorgebeugt werden, sonst stiehe man bald wieder denselben
Verhältnissen gegenüber, wie vor dem Kriege. Die Einjährig-
freiwilligen-Berechtigung der Realschulen müsse abgeschafft
werden, da sie für viele die allmähliche Verarmung gebe, eine
solche Schule zu besuchen. Gegen die fixe Idee, daß jeder, der
eine 6- oder 7-klassige Realschule durchgemacht habe, nun un-
bedingt einen akademischen Beruf ergreifen müsse, sei energisch
Front zu machen; auch in anderen Berufen könne eine derar-
tige Vorbildung sehr gut benützt werden. Daß eine gute
Schulbildung von großem Wert sei, zeigte auch die gegenwärtigen
Erfahrungen im Kriege; die großartigen Leistungen des
Heeres wären ohne unsere Schulen nicht möglich gewesen. Auch
die Landwirtschaft könnten ein großes Wissen sehr gut gebrauchen;
das nötige Verständnis für die volkswirtschaftlichen Aufgaben
der Landwirtschaft fehlte ihnen meistens. Die landwirtschaftlichen
Organisationen hätten in diesem Kriege ihre Aufgaben in
dieser Richtung nicht erfüllt. — Es sei außerordentlich zu be-
dauern, daß die politische Bedeutung der Auslandsschulen bei
uns nicht frühzeitig genug erkannt worden sei, so daß sogar
Italien und auf diesem Gebiete habe überflügeln können. Dies
müsse nach dem Kriege anders werden. — Die Ausbildung der
Lehrer in landwirtschaftlicher und politischer Geographie lasse
viel zu wünschen übrig; auch hier sei Abhilfe dringend geboten.

Ein anderes Mitglied spricht sich ebenfalls für eine
zentrale Stellung der deutschen Sprache im Lehrplan aus;
auch sollten die modernen Wissenschaften in den humanistischen
Anstalten mehr gepflegt werden. Sämtliche Lehrer sollten in
Geographie, Bürgerkunde und Technik vorgebildet sein. Man
könne mit gutem Grund von einer Westfremdeit der Lehrer
an den humanistischen Schulen reden. Fortbildungsschule in
Bürgerkunde, Wirtschaftsgeographie usw. seien für Lehrer an
höheren Schulen dringend zu empfehlen. Die enghloppädagogische
Ausbildung der Lehrer sei entschieden vorzuziehen. — Der im
Ausland tätig gewesen Lehrern die ganze dort zugebrachte
Zeit anzurechnen, halte er für bedenklich, da sie meist aus eigen-
mächtigen Interessen diese Stellen angenommen hätten und wäh-
rend der Zeit ein höheres Einkommen gehabt hätten. — Einer
Erhöhung des Schulgeldes an Realschulen könne er nicht zu-
stimmen, da dadurch der Besuch dieser Anstalten den Arbeiter-
familien noch weiter erschwert werde.

Ein Mitglied bedauert die gegen den Vortour, der den
landwirtschaftlichen Organisationen gemacht worden sei; diese
seien ja bei der Rohstoffversorgung vollständig ausge-
schaltet worden, hätten also auch in keiner Weise auf jemand
einwirken können. — Ein guter Schulsaal sei für die Landwirte
wie für die Handwerker notwendig; aber der Besuch von sieben
Klassen einer Realschule sei doch wohl nicht das Geeignete;
eine gute Fachschule wäre entschieden vorzuziehen.

Ein weiteres Mitglied tritt diesen Ausführungen bei
und wünscht ferner, daß die Regierung die Gymnasien und
Realschulen gleich behandle und daher den Städten die durch
sie erwachsenen Kosten in gleicher Weise abnehme.

Ein Mitglied kommt auf seine früheren Ausführungen
über das Verlangen der landwirtschaftlichen Organisationen zu-
rück und erklärt dieselben dahin, es sei ihnen vorzuziehen,
dies zu tun, als zu spät versucht hätten, auf ihre Mitglieder einzu-
wirken.

Ein anderes Mitglied wünscht Ausdehnung der Vor-
bildung der Lehrer der Höheren Lehranstalten durch Hören
juristischer Vorlesungen über deutsche Staats- und Rechts-
geschichte; auch von der Entwicklung der deutschen Sprache sollten
sämtliche Lehrer mehr verstehen, sowie von der Erdkunde auf
volkswirtschaftlicher Grundlage.

Mehrere Mitglieder weisen auf die Mängel hin,
welche sich aus der Verwendung von Schulgebäuden zu militä-
rischen Zwecken ergeben hätten und haben einzelne Fälle (Freiburg,
Karlsruhe, Wundorf) besonders hervor; von einem Mitglied
werden gegen die Einrichtung von Kantinen in einem Schul-
gebäude Bedenken geltend gemacht. Der Herr Minister betont,
daß die Unterrichtsverwaltung in verschiedenen Fällen den Ver-

such gemacht habe, bei der langen Dauer des Krieges unentbehr-
liche Schulgebäude oder Teile derselben von der Militärverwal-
tung zurückzubekommen; ihre Bemühungen hätten jedoch nicht
immer Erfolg gehabt; in einem der erwähnten Fälle sei Abhilfe
geschaffen worden.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

Großes Hauptquartier, 10. Dez., vormittags. (Mittl.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Französische Handgranatengriffe gegen unsere neue
Stellung auf Höhe 193, nordöstlich von Souain, wur-
den abgewiesen. Sonst hat sich bei stürmischem Regenwet-
ter nichts von Bedeutung ereignet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.

Balkan-Kriegsschauplatz.
Die Armee des Generals v. Koeveß hat in den letz-
ten beiden Tagen etwa 1200 Gefangene eingebracht.
Bei der Armee des Generals v. Gallwitz keine we-
sentlichen Ereignisse.
Die bulgarischen Truppen haben südlich von Stru-
mica den Engländern 10 Geschütze abgenommen.
Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 10. Dez. (Mittl.) (Nicht amtlich.) Amtlich ver-
lautbart vom 10. Dezember, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz:
Stellenweise unbedeutende Aufklärungskämpfe, sonst Ruhe
an der Front.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Südlich der montenegrinischen Nordgrenze werden die
Verfolgungskämpfe fortgesetzt.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Der französische Bericht.

Paris, 12. Dez. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von
gestern nachmittags 8 Uhr: Während der nächtlichen Beschiesung
der deutschen Stellungen in der Champagne sprengte unsere
Artillerie ein feindliches Munitionslager südlich von St. Souplet
in die Luft. Ostlich von der Route de Souain warf unser
Gegenangriff den Gegner neuerlich zurück, der sich nur noch in
einem Teil eines eingeebneten, vorgegebenen Grabens hält.
Unsere Batterien beschanden durch ihr ständiges Feuer den
Feind, sich dort festzusetzen. In den Argonnen liegen wir in
der Gegend von Haute Chateau mit Erfolg zwei Wägen
bringen.

Paris, 10. Dez. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von
gestern abends 11 Uhr: Zeitweiliges Geschützfeuer an verschie-
denen Stellen der Front. In der Gegend von Doye haben wir
ein erfolgreiches Feuer auf eine deutsche Batterie eröffnet, die
wir in der Nähe von Doye zerstört hatten. Bei Courcy
Wartungskämpfe. Eine Gruppe von feindlichen Arbeitern wurde
durch die Explosion einer unserer Minen vernichtet.

Englischer Bericht. Trotz des schlechten Wetters konnten
unsere Flieger mühsame Arbeit leisten. Zwei Flieger, die zur
Erkundung am 5. Dezember aufgestiegen waren, sind nicht zu-
rückgekehrt. Bei Arras ist eine unserer Abteilungen im Laufe
einer kleineren Operation in den feindlichen Gräben eingedrungen,
hat die Besetzung mit Handgranaten daraus vertrieben und
ist nach Ausübung ihrer Aufgabe in unsere Linien zurück-
gekehrt. Die Zerstörung der Drahtverhänge und Drahtwehren
des Feindes an verschiedenen Stellen der Front durch unsere
Artillerie dauert fort. Als Antwort auf eine erfolgreiche Be-
schiesung der feindlichen Stellungen bei Pilleman am 8. De-
zember haben die Deutschen Peyer und Umgebung beschossen,
aber wenig Schaden angerichtet. Westlich von Ribourt haben
wir mit großem Erfolg eine Mine zur Explosion gebracht. Bei
Giverny hat gestern eine feindliche Mine zwei unserer Leute
verwundet; sie konnten jedoch zur rechten Zeit befreit werden.

Belgischer Bericht. Einige unwesentliche Artillerietätigkeit
an der Front. Wir haben nördlich von Dignon eine
feindliche Batterie zum Schweigen gebracht und die Besetzung
der deutschen Gräben in der Gegend von Woumen vertrieben.
Orientarmee. Seit dem letzten Bericht haben die Bulgaren
an verschiedenen Stellen der Front heftige Angriffe ausgeführt,
die alle mit großen Verlusten für den Feind abgelehnt wor-
den. Der Kampf dauert an der Badarbrücke bei Gradista an.

Der Krieg mit Italien. Oesterreichischer Bericht.

In der italienischen Front herrschte gestern, von Artillerie-
feuer und kleineren Unternehmungen abgesehen, Ruhe. Die
Tätigkeit des Feindes vor den besetzten Räumen von Bar-
bata und Riba hält an.
Nachmittags griff italienische Infanterie unsere Stellungen
auf dem Monte Bies und westlich davon (zwischen Giese-
nancetal) an. Sie wurde unter schweren Verlusten voll-
ständig zurückgeschlagen.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Die englische Niederlage.

Mittl. London, 10. Dez. (Nicht amtlich.) Das Kriegs-
amt teilte gestern mit: Die Bulgaren griffen am 6. De-
zember nach heftiger Beschiesung unsere Truppen westlich
des Doiram-Sees an. In unseren vordersten Lauf-
gräben eingedrungen kleine bulgarische Abteilungen wur-
den sofort mit dem Bajonett vertrieben. Am 7. Dezember
freih griffen die Bulgaren neuerlich an und vertrieben
durch Uebermacht unsere Truppen aus den Stellungen.
Im Schutze der Dunkelheit wurden die Truppen nach einer
neuen Stellung zurückgenommen. Ueber unsere Verluste
ist noch nichts bekannt. Am 8. Dezember gelang es den
britischen Truppen alle Angriffe abzuwehren. Am Abend
wurden sie, um Anschluss an die allgemeine Front zu er-
halten, nach den neuen Stellungen zurückgezogen.

Rumänische Getreideausfuhr.

W.B. Bukarest, 10. Dez. (Nicht amtlich.) Die Ausfuhrkommission des Finanzministeriums hat die Erlaubnis für die Ausfuhr von tausend Waggons Mehl nach der Türkei erteilt.

W.B. Bukarest, 10. Dez. (Nicht amtlich.) Die rumänische Zentralkommission für den Verkauf und die Ausfuhr hat folgende Mindestpreise festgesetzt: Mehl 4200-5700 Lei, Kleie 2000 Lei, Malz 1000 Lei, Mais mehl 3000 Lei für je 10 000 Kilogramm ab Verladestation. Alle sonstigen Kosten zu Lasten des Käufers.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Militärische Besprechungen in Petersburg.

London, 10. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Das New Yorker Büro meldet aus Petersburg: Eine britisch-französische Militärmission mit dem französischen Obersten Marguin an der Spitze traf hier ein.

Christiania, 10. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) General Bau mit Gefolge, im ganzen 12 Personen, sind gestern vormittag, mit der Bahn von Bergen in Christiania eingetroffen. Abends wurde die Reise nach Petersburg fortgesetzt.

4 Millionen englische Soldaten.

London, 10. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Die „Times“ meldet: Asquith wird nächste Woche dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, die Armee auf die Stärke von 4 Millionen Mann zu bringen. Asquith wird zugleich das Ergebnis der Werbekampagne Lord Derby mitteilen.

Ausland.

Ungarn.

Kein allgemeines Wahlrecht. Im Abgeordnetenhaus beantragte im Laufe der Debatte über das Budgetprovisorium Graf Michael Karolyi, der Führer der Unabhängigkeitspartei, die Regierung solle angewiesen werden, die Wahlrechtsvorlage auf Grund des allgemeinen Wahlrechts mit Vollenstimmigen des Vermögens und Herabsetzung der Altersgrenze einzubringen. Graf Karolyi (Herzliche Volkspartei) beantragte die Verlesung des Wahlrechts an alle von der Front heimkehrenden Soldaten, welche das 22. Lebensjahr überschritten haben. Ministerpräsident Graf Tisza erklärte sich gegen diesen Antrag. Würde der Antrag angenommen werden, so könnte ein Zustand entstehen, von welchem es keine Rückkehr mehr geben würde. (?)

Deutsche Politik.

Aus dem Reichstage.

W.B. Berlin, 10. Dez. (Nicht amtlich.) Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte der Bericht einer vom Zentrum vorgelegten Resolution betr. Errichtung einer Zentralkommission für Lebensmittelpolizeiung der Staatssekretäre des Innern, zu dem Ausschuss der Reichspräsidenten, in der ja bereits Mitglieder des Bundesrats, des Reichstages und Sachverständige sitzen, gerne die Hand bieten zu wollen. Auf eine Anweisung, Höchstpreise für Lebensmittel festzusetzen, erklärte Staatssekretär Dr. Delbrück, daß Maßnahmen zur Regelung der Lebenspreise vorbereitet würden. Auf Fragen darüber, daß nur für Militäranwärter und Angehörige der Besatzung die Höchstpreise herabgesetzt werden seien, daß aber in der Privatindustrie die Preise noch viel zu hoch seien und auch in der öffentlichen Verwaltung, sagte ein Regierungskommissar die einschlägigen Verhältnisse dar. Seit dem 1. Dezember seien seitens der in erster Linie beteiligten Militärverwaltung Höchstpreise für Lebensmittel und eine weitere Senkung der Preise, wurde im Laufe der Zeit erfolgen. Wie schwierig die Aufgabe sei, zeigte der Umstand, daß wegen der großen Verchiedenheit in der Güte des Lebens 160 bis 160 Preisklassen festgesetzt werden müssen.

Aus dem Oldenburger Landtag.

Der Oldenburger Landtag beschäftigte sich in seiner Plenarsitzung vom Dienstag mit dem Vorschlag der Staatskasse. Dem der Regierung war zum Ausgleich des Fehlbetrags ein Steuererhöhungsplan von 26 Prozent auf Einkommen und Vermögen in den Etat eingestellt worden. Hierzu beantragten die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen eine Staffelung des Zuschlags unter Freilassung der unteren Stufen und Herabsetzung der oberen bis zu 50 Prozent. Gleichzeitig forderten die Antragsteller Herabsetzung der Vermögen zur Gemeindesteuer zur Verringerung der Kriegsausgaben. Die Mehrheit des Landtags lehnte den Steuerzuschlag überhaupt ab und beschloß, Herabsetzungen der Steuern die sonst zur Milderung der Lasten dienen, heranzuziehen. Der Finanzminister mußte ratlos infolge dieses Beschlusses von seinem Amte zurücktreten.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 11. Dez. 8. 23. „Der italienische Zuberger“, Lustspiel in 3 Akten von E. von Schwan. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. (4 M.)
Sonntag, 12. Dez. 8. 26. „Der sitzende Holländer“, romantische Oper in 3 Akten von Rich. Wagner. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 1/2 Uhr. (4 M.)
Montag, 13. Dez. 8. 24. „Ceres und Marianna“, Tragödie in 5 Akten von Heibel. Anfang 7 Uhr, Ende nach 11 1/2 Uhr.
Dienstag, 14. Dez. 8. 22. „Krisan und Solbe“, in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 11 1/2 Uhr.
Dienstag, 16. Dez. 8. 26. „Hidelo“, Oper in 2 Akten von Beethoven. Anfang 7 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. (4 M.)
Freitag, 17. Dez. 8. 25. „Maria Stuart“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 11 1/2 Uhr. (4 M.)
Samstag, 18. Dez. 8. Sonderfest. Ermäßigte Preise. „Schneewittchen und die sieben Zwerge“, Weihnachtsspielchen in 7 Akten nach Körner von Hans Sturm. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 8 1/2 Uhr. (2 M.)
Vorbereitung für die Abonnement am Montag, 13. Dez., vorm. 10-11 1/2 Uhr, Reichenlöcher A. B. C. (je 1 Stunde) allgemeiner Vorbereitung am Montag, 13. Dez., nachm. von 8 Uhr an. Von Donnerstag, 16. Dez., vorm. 10 Uhr an werden an der Vorbereitungsstelle des Hoftheaters für diese Vorbereitung keine Vorbereitungsgelder erhoben.
Sonntag, 19. Dez. 8. 25. „Lebensgrün“, romantische Oper in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende nach 10 Uhr.
Montag, 20. Dez. 8. 27. „Ceres und Marianna“, Tragödie in 5 Akten von Heibel. Anfang 7 Uhr, Ende nach 11 1/2 Uhr.
In Baden-Baden:
Mittwoch, 15. Dez. 10. Mietkost. „Der Witschüß oder die Stimme der Natur“, komische Oper in 3 Akten von Lorzing. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.

Kartoffelentzignung.

Die Regierung des Fürstentums Lippe ordnet auf Grund der neuer Bundesratsverordnung an, daß von den Behörden die Entzignung der gesamten Kartoffelernte eines Kartoffelerzeugers verfügt werden kann. Dem Erzeuger brauchen nur die zur Fortführung seiner Wirtschaft, zur Saat erforderlichen und die auf Grund von Verträgen, die vor dem 30. November geschlossen sind, veräußerten Kartoffeln belassen zu werden.

Die Nationalliberalen und die Altersversicherung.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat sich einstimmig für die Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezuge der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr ausgesprochen und einen entsprechenden Antrag an den Reichstag gerichtet, in dem sie die unverzügliche Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs verlangt.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

* Weihnachtsausstellung. Der Malerinnenverein (Sitz Karlsruhe) veranstaltet heute Samstag, Sonntag und Montag im Zeichenjahe der Bezirksbauinspektion zugunsten des roten Kreuzes eine Weihnachtsausstellung von Bildern, Kunstkeramik, Stickerien und künstlerisch geschmückten Lebtuchen.

* Pforzheim, 11. Dez. Die Stadt verkauft in ihren Läden Schweizer Zwiebad, der aus reinem Schweizer Weizenmehl hergestellt ist. Das Paket kostet 22 Pf.

* Pforzheim, 9. Dez. Das unvorsichtige Gantieren des 14 Jahre alten Volksschülers Theodor Bonner mit einem geladenen Terzerol hatte die Folgen, daß das Terzerol losging und das Gesicht des 14 Jahre alten Friedrich Bauer in die linke Brustseite drang und Bauer ins Krankenhaus verbracht werden mußte. Lebensgefahr besteht nicht.

* Heidelberg, 11. Dez. Der Gastwirt Alexander Häffner der im Stadtteil Neuenheim gelegenen Wirtschaft „Zum schwarzen Schiff“ wurde in Mannheim von einem tödlichen Unglücksfall betroffen. Häffner wollte den kurz vor halb 12 Uhr nachts in Mannheim abgehenden Zug benutzen. Als er auf den Bahnsteig kam, hatte sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt. Häffner wollte auf den abgehenden Zug aufspringen, glitt dabei aber vom Trittbrett ab, geriet unter die Räder, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er alsbald starb.

* Mannheim, 11. Dez. Der Wirtenschuß genehmigte die Summe von 60 000 M. zur Bebauung von 187 000 Quadratmeter Weizenland bei Sandhofen mit Gemüsen. Diese Gemüsezucht soll nicht allein während des Krieges, sondern auch in kommender Friedenszeit in städtischer Eigenwirtschaft betrieben werden. — Der Landsturmmann Wundt vom Ersatzbataillon 111 in Raffart, der am Mittwoch früh, als er wegen Urlaubsbewerbung festgenommen werden sollte, aus einem Fenster einer Herberge in den Hof sprang, ist jetzt seinen schweren, bei dem Sturz erlittenen Schädelverletzungen erlegen.

* Mannheim, 10. Dez. In einem Lagerkeller der Mannheimer Maschinenbauerei Adenkelter verunglückte der Arbeiter Karl Kerber so schwer, daß sein Tod alsbald eintrat.

* Freistadt bei Wehl, 11. Dez. Der 17jährige Arbeiter Karl Lader geriet in einem Strohhurter Weizenfeld zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen und wurde sofort getötet.

* Wehl, 10. Dez. In der vergangenen Nacht brannte das Haus des Landwirts Andreas Ros v. nieder. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt, der größte Teil des Mobilguts konnte gerettet werden. Das Feuer ist vermutlich infolge eines schuldhaften Kamins entstanden.

* Laß, 10. Dez. Da der Müller Karl Hapeneder in Reichenbach obere Mühle Getreide ohne Maßschein gemahlen hatte, wurde auf Grund der Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1915 die Mühle des Hapeneder, die obere Mühle, geschlossen.

* Erzingen, 10. Dez. Einem hiesigen Landwirt lagen dieser Tage fünf Stiel Wundstiele im Stalle. Man nimmt an, daß der Junge aus Versehen abends Hühnerfutter gestreut hat.

* Rastatt, 10. Dez. (Nicht amtlich.) Gestern vormittag trafen als Nachschub in einem Krankentruppenwagen der an den aus der Schweiz kommenden Fernerzug um 11 Uhr angehängt war, nach vier deutsche Auswanderer in Begleitung einer schweizerischen Kote Kreuz-Schweizer hier ein und wurden nach dem Lager in der Kaserne verbracht.

* Rastatt, 10. Dez. Wegen schwerer Einbruchsdiebstähle hatte sich der 23jährige Vater Robert Diehle von Wehlen vor der Strafkammer zu verantworten. Unter Einwirkung einer gegen ihn von den Strafamt Rastatt, Illm und Stuttgart wegen ähnlicher Straftaten erlanten fünfjährigen Jugendstrafe wurde Diehle zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 11. Dezember.

Zum Jubiläum des Oberbürgermeisters Siegrist. Auf ein 25jähriges Jubiläum im Dienste der Stadt Karlsruhe darf am morgigen Tage Oberbürgermeister Siegrist zurückblicken. Am 12. Dezember 1890 trat Siegrist in den Dienst der Stadt Karlsruhe als rechtskundiger Sekretär. Am 17. Mai 1892 wurde er zweiter, am 12. März 1901 erster Bürgermeister und am 22. Dezember 1906 Oberbürgermeister. Vor dem war er nach Ablegung des ersten und zweiten juristischen Staatsexamens im badischen Staatsdienst, unter anderem als Referendar bei der Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen, tätig.

In die Jubiläumzeit fällt die Entwicklung Karlsruhes zur Großstadt. Beim Eintritt Siegrists in die Stadtverwaltung im Jahre 1890 betrug der Gemarkungsumfang 1144 Hektar, die Einwohnerzahl 78 684 Personen. Heute beträgt der Gemarkungsumfang 4500 Hektar, die Einwohnerzahl 148 600 Personen. Die finanziellen Verhältnisse der Stadt haben sich im Lauf der letzten 25 Jahre etwa verdreifacht.

Man darf sagen, daß an dieser Entwicklung die Arbeitskraft und das vorkaufmännische Geschick Siegrists guten Anteil haben. Oberbürgermeister Siegrist hat sich als begabter und kenntnisreicher Verwaltungsbeamter bewährt, der seine ganze Kraft dem öffentlichen Wohl, dem Wohle unserer Stadt zur Verfügung stellt. Auch während der Kriegszeit, die solche neue organisatorische Anforderungen an die städtischen Körperlichkeiten stellt, hat Oberbürgermeister Siegrist stets mit Nachdruck die Interessen der Bevölkerung gewahrt und hat den Anregungen auch von unserer Seite wohlwollendes Verständnis entgegengebracht.

Wir nehmen gerne Veranlassung dem Jubiläum unsere Glückwünsche darzubringen. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre zum Wohle unserer Stadt zu wirken.

Weihnachtseinkäufe.

Nach dem fogen. „kupfernen“ Sonntag folgt für die Geschäftsleute morgen der „silberne“. Das Weihnachtsgeschäft wird wohl in der Kriegszeit nicht so glänzend sein, wenn auch einige Läden stark besucht werden. Der Umsatz ist maßgebend und den bringt die Masse. Trotz des furchtbaren wirtschaftlichen und seelischen Drucks, der auf allen Kreisen lastet, werden dennoch die nächsten Tage und Wochen eine Belebung des Kleinhandels bringen. Gilt es doch neben vielen anderen besonders den im Felde stehenden Angehörigen ein Zeichen des treuen Gedankens zu übermitteln.

Bei dieser Gelegenheit ein Wort an unsere Leser und Leserinnen! Seht euch, bevor ihr Weihnachtseinkäufe macht, den Anzeigenteil unseres Blattes an! Der Arbeiter und auch die Arbeiterfrau haben in ihrem praktischen Sinn bald erkannt, aus welchem Grunde sie ihrer Zeitung diese Aufmerksamkeit schuldig sind. Sie wissen auch, daß diejenigen Geschäftsleute, die nicht einmal zu Weihnachten in unserem Blatte ihre Waren anbieten, damit zum Ausdruck bringen wollen, daß sie auf Arbeiterkundschaft verzichten.

Darum erfordert gerade die jetzige Zeit für unsere Leser eine besondere Beachtung des Anzeigenteils. Die meisten Geschäftsleute müssen heute bei der Aufgabe ihrer Anzeigen genauer rechnen als sonst. Viele werden ihre Angebote nur in einigen oder in einer Zeitung aufgeben und sich dazu das Blatt auswählen, das den größten Einfluß auf seine Leser hat. Deshalb leistet jeder, der unsere Mahnung beachtet, zugleich ein Stück Werbearbeit für die Zeitung.

Dieser Umstand macht es zur Ehrenpflicht, daß der Leser des Arbeiterblattes sich heute den Anzeigenteil seiner Zeitung genauer ansieht als sonst. Wir haben das Vertrauen zu unseren Lesern, daß sie ihre Einkäufe in den Geschäften besorgen, die in ihrer Zeitung ihre Waren anbieten. Von jeder Bestand zwischen der Arbeiterpresse und ihren Lesern ein vertrauensvolles, festes und treues Verhältnis. Wir glauben uns deshalb berechtigt, auch heute an euch die Mahnung richten zu dürfen: Macht eure Einkäufe nur in jenen Geschäften, die durch ihre Anzeigen in unserem Blatte befunden, daß sie auch auf Arbeiterkundschaft rechnen!

* Das unbefugte Anlegen militärischer Uniformen, Kriegsauszeichnungen usw. Der stellv. kommandierende General des 14. Armeekorps hat durch eine neuerliche Verfügung auf Grund des § 38 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 das unbefugte Anlegen militärischer Uniformen oder von Kriegsauszeichnungen, von Orden und Ehrenzeichen, sowie die unbefugte Annahme militärischer Titel im Interesse der öffentlichen Sicherheit verboten. Wer dem Verbot zuwiderhandelt oder zur Übertretung auffordert oder anreizt, wird, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

* Unfälle. Am Donnerstag vormittag stürzte die in der Akademiestraße wohnhafte Witwe eines Dienstmannes die Treppe hinunter und zog sich einen Oberschenkelbruch zu. — Durch einen herabfallenden Dachstein wurde am 9. I. M. ein 18 Jahre alter Arbeiter aus Erzingen an einem Neubau in der Zimmerstraße am Kopfe schwer verletzt. Die beiden Verletzten fanden Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Veranstaltungen.

* Kammermusikabende. Die von Herrn Hofrat Professor Heinrich Dresden im vorigen Winter zugunsten der Kriegshilfe veranstalteten Kammermusikabende werden vielen Freunden vornehmer Musik in lebhafter Erinnerung stehen und es wird freudig von ihnen begrüßt werden, daß auch in diesem Winter die Veranstaltungen ihren Fortgang nehmen. Nächsten Sonntag, 13. d. M., findet im Saale des Großh. Konfektbureau das erste Konzert statt unter Mitwirkung von Fräulein Mora von Götz aus Berlin, die im vorigen Jahre an gleicher Stelle durch ihren herrlichen Gesang wahrhafte Beifallsstürme entfesselt hat. Die junge Künstlerin ist seither in einer Anzahl der maßgebenden Musikzentren Deutschlands immer mehr als eine künstlerische Erscheinung ersten Ranges anerkannt worden. Die mitwirkenden Instrumentalkünstler, der Konzertgeber, Herr Kammermusikdirektor Heinrich Müller und Herr Kammermusikdirektor Julius Schwanzara bedürfen eingehender Worte nicht. Sie haben diesmal zwei der schönsten und glühendsten Werke der romantischen Kammermusik zum Vortrage gewählt: die glanzvolle B-Dur-Sonate für Klavier und Cello von Mendelssohn, eines der bedeutendsten und frischsten Werke des Meisters und das unvergleichlich schöne, in erschöpfendem Melodienreichtum dahinströmende G-Dur-Trio von Schubert. Es sei auch deshalb auf das Konzert noch besonders aufmerksam gemacht, weil der Ertrag, wie im vorigen Jahr, wieder zu Gunsten der Kriegshilfe bestimmt ist.

* Zur Gründung des Konzerthauses erfahren wir, daß das Konzertprogramm, einer Anregung aus musikalischen Kreisen entsprechend, eine Erweiterung dadurch erfährt, daß auch der Siebenten Sinfonie des Großh. Hoforchesters unter Leitung des Herrn Hofkapellmeisters Lorenz das Vorpiel zu „Die Weistertener von Nürnberg“ von Richard Wagner aufzuführen wird.

* Festhallkonzert. Morgen Sonntag nachmittag von 4 bis 7 Uhr finden in der Festhalle „Patriotische und Volks-tümliche Musikaufführungen“ der Kapelle des 8. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillons Karlsruhe statt, für welche der Leiter derselben, Herr Kapellmeister G. Wolff, ein besonders wirkungsvolles und abwechslungsreiches Programm zusammengestellt hat. Die Eintrittspreise betragen 50 Pf. für Soldaten vom Feldwebel abwärts und Kinder 50 Pf. Näheres im Anzeigenteil.

* Der Weihnachtsvortrag der freireligiösen Gemeinde findet morgen Sonntag vormittag Hebelstraße 21, 2. Stod, statt. Herr Dr. Karl Weh. Heidelberg wird über „Weihnachtsfest und Weihnachtsfreude“ sprechen. — Den musikalischen Teil bilden Stücke von Beethoven und Grieg.

* Im Palais-Theater, Herrenstraße 11, sieht man ab heute bis einschließlich Dienstag ein großes Sensationsdrama unter dem Titel „Im Kampf um den Thron“. Der Film ist mit seinen 4 Akten spannend von Anfang bis zu Ende. Sehr lustig ist die Humorepisode „Humoreske“. Das Strumpfband mit Herrn Lutz in der Hauptrolle. Weiter sieht man eine kleine Komödie „Die mehlene Bestrafung“ und eine herrliche Naturaufnahme. Für Mittwoch, 15. Dezember, ist ein zeitgemäßes Drama „Wenn die Heimat ruft“ in Aussicht gestellt.

Letzte Nachrichten.

Kriegsrat der Alliierten.

W.B. Paris, 11. Dez. (Nicht amtlich.) Die Vertreter der Alliierten haben gestern vormittag eine neue Be-

Sprechung im Ministerium des Äußern abgehalten, der Gey und Ritzinger beizuhören. General Porro ist mit den ihn begleitenden Stabsoffizieren in der Nacht nach Rom zurückgekehrt.

Wirtschaftliche Vereinigung der Zentralmächte.

Wien, 10. Dez. (Nicht amtlich.) Die Triester Handels- und Gewerbekammer nahm eine Kundgebung an, in der sie sich für die wirtschaftliche Annäherung und Zusammenarbeit mit dem deutschen Reich sowohl in der Zoll-, Verkehrs-, Handels- und Industriepolitik wie auch in der Verwirklichung und Gesetzgebung ausspricht, und die Notwendigkeit betont, daß die Grundlagen der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen sowohl zwischen Österreich und Ungarn als auch zwischen der Monarchie und dem deutschen Reich durch langfristige Verträge gesichert werden. Eingedenk des großen Aufschwunges, den der Reichshafen in Triest durch die weitgehende Fürsorge der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften des Reiches vor dem Krieg genommen hat, erklärt die Triester Handelskammer es als ihre Pflicht, nach Beendigung des Krieges mit allen Kräften dazu beizutragen, die dem Handel, der Industrie und der Schifffahrt von Triest durch den Krieg geschlagenen Wunden schnellstens zu heilen, damit dann allmählich über den Reichshafen der gesamte Seeverkehr von und nach den österreichischen Ländern geleitet werde. Die Handelskammer würde ferner mit besonderer Genugtuung eine wirtschaftliche Annäherung an die beiden anderen Verbündeten, die Türkei und Bulgarien, begrüßen, die geeignet wäre, Triest einem noch weit erheblicheren Handel an dem Orientverkehr zuzuführen.

Holland bewahrt die Neutralität.

Haag, 10. Dez. In der Zweiten Kammer erklärte der Minister des Innern, C. v. d. Linden, über die Neutralitätspolitik der Regierung, sie habe dabei auf die einmütige Unterstützung der Generalstaaten rechnen können. Einige Gruppen im Lande seien zwar für eine andere Politik gewesen. Daß sie aber weder in der Zweiten noch in der Ersten Kammer eine einzige Stimme fanden, sei ein Beweis dafür, daß sie zu keinem Einfluß gelangt seien. Die Neutralität sei für Holland die vornehmste Politik. Bezüglich des „Telegraaf“ und der Verhaftung des Chefredakteurs Schröder sagte der Minister, die Pressefreiheit sei sicherlich ein hohes Gut, aber das Gesetz müsse man ebenso hoch halten. Wenn die Regierung vorläufig noch nicht einen großen Teil der Wehrmacht demobilisiere, so gelte das, weil die internationalen Zustände immer noch die größte Wachsamkeit erforderten. Bezüglich der Friedensvermittlung der Niederlande sagte der Minister: Erst wenn alle Kriegführenden zu der Überzeugung gelangt sein werden, daß dem Recht und der Zivilisation durch den Frieden mehr gebient ist als durch den Krieg, wird für Holland mit seinem kleinen Volk die Zeit gekommen sein, um seine Stimmen hören zu lassen.

Eine Friedensdemonstration der schweizerischen Sozialdemokratie.

Bern, 10. Dez. Im Nationalrat brachte heute die sozialdemokratische Fraktion folgende Anfrage ein: Gedankt der Bundesrat allein oder zusammen mit den Regierungen anderer Länder den Kriegführenden seine guten Dienste anzubieten zur baldigen Herbeiführung eines Waffenstillstandes und zur Einleitung von Friedensverhandlungen? — Die Anfrage wird von dem Senior der sozialdemokratischen Fraktion, G. R. J. Züri, beantwortet werden.

Die Feuerung in Italien.

Rom, 11. Dez. Eine römische Korrespondenz des „Avanti“ weist darauf hin, daß der Abgeordnete Labriola (unabhängiger Sozialist) in der italienischen Kammer eine Rede über die Wirtschafts- und Finanzpolitik Deutschlands gehalten habe, wobei er betonte, daß die Lebensmittelpreise in Deutschland im allgemeinen niedriger seien als in Italien, obgleich Deutschland schon seit August 1914, Italien erst seit Mai 1915 im Kriege stehe.

lands gehalten habe, wobei er betonte, daß die Lebensmittelpreise in Deutschland im allgemeinen niedriger seien als in Italien, obgleich Deutschland schon seit August 1914, Italien erst seit Mai 1915 im Kriege stehe.

Vereinigung englischer Gewerkschaften.

London, 11. Dez. (Nicht amtlich.) Der Dreibund der Verbände der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter ist auf einer gemeinsamen Beratung der Ausschüsse unterzeichnet worden.

Eine neue Note Griechenlands an den Bierverband.

Athen, 11. Dez. (Ag. Ath.) Die Regierung beantwortete den freundschaftlichen Schmitt des Bierverbandes in dem gleichen freundschaftlichen Ton und erneuerte die notwendigen Versicherungen. Die Antwort wurde den Gesandten vorgelesen nachmittags übergeben.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 10. Dez. (Nicht amtlich.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Front-Brücke drängen unsere Truppen im Norden und Westen noch näher an die feindlichen Stellungen bei Kizil-Irmak heran und brachten den Feinden große Verluste bei. Sie zwangen Abteilungen, die sich am rechten Ufer des Tigris befanden, zum Rückzug nach Kizil-Irmak. Im Osten bemächtigten wir uns einer Brücke über den Tigris und zwangen einige feindliche Abteilungen, nach Kizil-Irmak zurückzugehen und feindliche Kanonenbatterien zu zerstören.

Die kaukasus-Front machten wir in der Gegend von Mäle einige feindliche Patrouillen zu Gefangenen, andere vernichteten wir. Von den anderen Abteilungen ist nichts zu melden.

An der Darbanellen-Front beschossen feindliche Panzerschiffe bei Simlik Iman kurze Zeit unsere Stellungen. Unsere Artillerie erwiderte und richtete sichtlichen Schaden in den feindlichen Schützengraben und Artillerie-Stellungen an. Zwei Granaten trafen die Landungsstelle bei Simlik Iman und verursachten dort Verluste und Verwundung. Von fünf Minen, die der Feind am 8. und 9. Dezember in diesem Abschnitt sprengte, explodierten drei gerade unterhalb seiner Schützengraben, die beiden andern, die in einem ungefährlichen Abstand explodierten, verursachten und töteten einen Toten und Verwundeten. Bei Kizil-Irmak heftiger Kampf mit Artillerie und Bomben. Der Feind schleuderte Lufttorpedos. Ein Kreuzer beschoss in Baidzschapulen unsere Stellungen. Unser Feuer zwang ihn, sich zu entfernen. Ein anderer Kreuzer kam am Kanonenschußweite heran. Bei Sedul-Bahr bewirkte unsere Artillerie die Einstellung der Bombenwürfe und brachte die feindliche Artillerie zum Schweigen. Zwei Kreuzer beschossen wirkungslos unsere Stellungen.

Bulgarischer Generalstabsbericht.

Sofia, 11. Dez. (Amtlicher Bericht vom 8. Dezember.) Die Verfolgung der englisch-französischen Truppen hält auf beiden Seiten des Flusses Rosturino gegen Dobro an. Heute früh wurde um 7 Uhr der Kampf auf der Front Petrovo-Mirova wieder aufgenommen. Nach einem ungestörten Sturmangriff bemächtigten sich unsere Abteilungen mehrerer hintereinander liegender feindlicher Stellungen und warfen die Franzosen gegen den Barbar zurück. Sie erbeuteten zwei Maschinengewehre und machten 100 Mann zu Gefangenen. Viele Franzosen sind in den Bergen zerstreut. Die Kolonne, die auf dem linken Barbar übergeht, greift überraschend die bei der Wärbung des Dolna-Wodafußes befindlichen Stellungen des Feindes an. Die Franzosen wurden aus Graben vertrieben und auf Idowo in 100 Mann ständiger Ordnung und unter Zurücklassung zahlreicher Gefangener zurückgeworfen. Unsere Abteilungen verfolgen die englisch-französischen Truppen südlich Rosturino auf Gabrows-Kir und Balandovo. Nach einem hartnäckigen Kampfe, der den ganzen Tag fortdauerte, gelang es unseren Truppen, sich der sehr starken englisch-französischen Stellung auf der Linie Prostan-Memli-Ajani bei Petrow zu bemächtigen. Wir machten dort 400 Engländer zu Gefangenen und erbeuteten zehn englische Geschütze. Die englisch-französischen Truppen befinden sich in schleunigem Rückzug südlich der Linie Radrawa-Balandovo.

Das neue spanische Kabinett.

Madrid, 10. Dez. (Agence Havas.) Das neue Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Ministerpräsident Romanos, Innenminister Alva, Auswärtiges Villanueva, Finanzen Urzois, Unterricht Durall, Justiz Barosso, Krieg General Anque, Marine Admiral Miranda, Arbeit Amos Salvados.

Deutschfeindliche Machinationen in Amerika.

New York, 9. Dez. (Nicht amtlich.) Durch Anspruch vom Vertreter des WTB. Die öffentliche Meinung ist durch die fortgesetzt aufgearbeiteten Pressemeldungen über angebliche deutsche Anschläge auf die amerikanische Neutralität, amerikanische Munitionsfabriken und über amerikanische Untertriebe in Mexiko sowie über mehrere gegen Deutsche eingeleitete Strafverfahren wegen folgender Straftaten stark gegen Deutschland erregt. Die „New York World“ prophezeit in einer Korrespondenz aus Washington eine nahe bevorstehende deutsch-amerikanische Krise von ungleich größerer Schwere als nach der Verletzung der „Lusitania“. Amerika habe gefordert, daß Deutschland erklären, daß es das Völkerverbot bei der Behandlung amerikanischer Bürger nicht habe verletzen wollen. Amerika bestrebe nach wie vor darauf, Vermittlung werde der Kongress demnächst Ausschluß über die „Lusitania“-Verhandlungen verlangen. Einige Kongreßmitglieder fänden im Begriffe, Anträge auf Abbruch der amerikanisch-deutschen Beziehungen einzubringen. „New York Tribune“ fragt ironisch, ob denn die Bundesregierung die amtlichen Beziehungen zu Deutschland trotz der deutschen Weigerung, den amerikanischen Forderungen zu entsprechen, einzig aufrecht erhalten wolle. Die „New York World“ antwortet darauf in einem Leitartikel, dies sei keineswegs die Absicht der Regierung, die mit Deutschland verhandele, solange dies möglich sei. Man sei nicht der Meinung, daß der Abbruch der Beziehungen dem Krieg bedeute. Jetzt sei nicht Zeit für Klüffeln.

Geschäftliches.

An unsere Leser! Einen Einblick zu tun in das Leben einer außerordentlichen Persönlichkeit hat stets großen Reiz, und wenn dies Leben aus dem Grund heraus durch eigene Kraft zu den höchsten Höhen geführt hat, ist es doppelt interessant und bezeichnend. Eine solche Persönlichkeit ist Friedrich Hebbel. Alles in ihm weist die Spur der Größe auf. Er war ein noch dem höchsten strahlender Geist, von gewaltiger Kraft in seinen Dramen, von großem Reichtum der Phantasie in seinen Gedichten, tiefem Ernst in seinen Sprüchen. Seine Tagebücher sind der Schlüssel zum Verständnis seines ganzen Wesens, sie bieten einen tiefen Einblick in die Seele des Dichters. Entgegen ist die Schilderung seiner jammervollen Jugend, seiner an Entbehrungen so überreichen Bildungsjahre, seines Ringens nach dem Höchsten. Es ist ein Werk, das uns befreundeten Verlags-Veranstaltung, eine neue illustrierte Ausgabe seiner Werke veranstaltet zu haben, die wir unseren Lesern zu einem durch Herstellung von Massenauflagen ermöglichten sehr billigen Preis von 8 Mk. (nach auswärts 10 Pfg. Porto, gegen Vorkasse) anzuwenden in der Lage sind. Hebbels Werke gehören in jedes Haus und unser Angebot ermöglicht jedem die Anschaffung. Sichern Sie sich so schnell als möglich ein Exemplar, das in unserer Expedition, Durlacherstr. 24, unter jenen Präzedenz bei den Trägern zu haben ist. Sonntag den 11. Uhr ab geöffnet.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Sängerbund Vorwärts.) Gentesabend Zusammenkunft im „Lamm“. Baden und Reichshaus das Feldpostpatente an unsere Krieger. Erscheinen Ehrenfibel 8838

Buchhandlung Volksfreund

„Wahrer Jacob“, humoristisch-satirisches Witzblatt, Preis 10 Pf. Durch unsere Zeitungsträger und Filialinhaber werden Bestellungen entgegengenommen.

Markgraf Georg Friedrich
Gertwigstraße 2
Heute Samstag 8821
Schlachttag
Prima Leber- und Griebenwürste.
Sonntag Vormittag Kesselfleisch
wozu höf. einladet Adam Gaud.

Verband der Branerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Karlsruhe. — Büro: Bachstr. 69.
Am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags punkt 10 Uhr, im Württembergershof, Uhlandstraße 26:

Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten in die Betriebe.
2. Regelung der Urlaubsfrage während des Krieges.
3. Weihnachtsunterstützungen.
4. Verschiedenes.
In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 8801

Die Ortsverwaltung.

NB. Den Frauen unserer im Felde stehenden Mitgliedern bitten wir Kenntnis, daß die Kriegsunterstützung vom Montag, den 18. bis 18. Dezember, in der Zeit von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr und nachmittags 3-7 Uhr, im Verbandsbüro, Bachstr. 69, ausbezahlt wird. Es wird ersucht, sich genau an diese Zeit zu halten, da das Verbandsbüro vom 28. bis 31. Dezember geschlossen bleibt. D. C.

Arbeiter! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserenten des „Volksfreund“.

Nationaler Frauendienst.
Unentgeltliche Auskunftsstelle für Verwundete u. Vermißte: Kronenstr. 24 I.
Geöffnet täglich von 9 bis 12 u. 3 bis 6 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Johann Mühl von hier, Schlosser hier, mit Margarete Scheuermann von Mannheim-Neckarau.
Eheschließungen. Karl Müdel von Trulben, Landwirt in Trulben, mit Frieda Mayer von Tengen. Georg Schürmeister von Forzheim, Kutcher hier, mit Franziska Wandel gesch. Günther von Bruchsal. Wilhelm Haas von hier, Buchbinder hier, mit Helene Bachmann von hier. Math. Köhler von Tübingen, Privatmann hier, mit Elise Forchmer von Durlach. Rudolf Nikolaus von Jahorze, Schlosser hier, mit Magda Spiegel von Bruchsal. Ferdinand Schäfer von Landenbach, Schreinermeister in Landenbach, mit Anna Frießich von Weitenung.
Todesfälle. Franz Lampert, Logführer, Chemann, 30 J. alt. Adam, 14 J. alt. B. Julius Baumgärtner 111, Landwirt. Wilhelm Neu, Wiednermeister, Chemann, 68 J. alt. Edward, 1 Mon. 5 Tage alt. V. Friedrich Giesler, Bahnarbeiter. Elisabeth Werner, 79 J. alt, Witwe des Wagnermeisters August Werner.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Karl Friedrich, B. Karl Friedrich Koch, Telegraphenstellen. Otto, B. Hermann Friedrich Koch, Fabrikarbeiter.
Eheschließungen. Rudolf Steinbach, Schlosser in Nastatt, und Karoline Wilhelmine Rosched hier. Karl Andreas Schneiderfeger, Schreiner in Durlach, und Ida Kocher in Schaidtsbach. Hugo Adolf Pfeiffer, Schlosser, und Adele Franziska Apollonia, beide hier. Rudolf Stöckle, Schuhmacher, und Helene Langjahr, beide in Wöllingen. Karl Wilhelm Rittershofer, Hilfsarbeiter, und Ganargath Maria Luise, beide hier. Robert Greiff, Preiseur in Wügg, Ranton Kargau, und Emilie Ludwig hier.
Todesfälle. Karl Reile, Bierbrauer, Wehrmann, Chem., 34 J. alt. Erwin, B. Ludwig Müller, Schlossermeister, 6 Mon. alt. Wilhelm Karher, Korner, Soldat, Chem., 31 J. alt. Max Willi Bauer, Kaufmann, Musleier, ledig, 21 J. alt. Johann Ernst Schüll, Medantier, Forzheim, Chem., 31 J. alt. Karl Friedrich Roth, Pfäferschmied, U-Offizier d. Landw. (Niedergandern), Chemann, 43 J. alt. Ernestine geb. Meinfried, Witwe des Hr. Reg.-Beamten a. D. Karl Fries, 74 J. alt. Friederike Rosine geb. Dohler, Witwe des Bierbrauers Karl Reile, 28 J. alt. Willi Emil, V. Friedrich Rappler, Hilfsbuchmann, 6 Mon. alt. Josef Gockberger, Hr. Marthalbener a. D., Chem., 81 J. alt. Irma, B. Sigmund Dufi, Weigberger, 14 Mon. alt.

Unsere gesamten Vorrat in **Bilder- und Märchenbüchern** unterstellen wir einem **Ausverkauf** zu ermäßigten Preisen und ersuchen wir um gefl. Beschäftigung ohne Kaufzwang. — Die **Sonntage** vor Weihnachten von 11 Uhr an geöffnet.
Buchhandlung Volksfreund
Luisenstraße 24. — Tel. 128.

Die neuen Ansichts-Postkarten vom Stadtgarten
— Künstlerkarten nach Aquarellen von Professor Gölter schon Lichtdruck aus dem Verlag J. Weiten — sind an den Eingängen zum Stadtgarten (bei den Einnehmern) sowie in hiesigen Geschäften zum Verkauf ausgelegt.
Karlsruhe, den 26. November 1915. 8821

Die Stadtgarten-Kommission.

Zeitungen, Zeitschriften
Akten aller Art, Makulaturen zum Einstampfen kauft jedes Quantum 8826
M. Kleinberger
Schwanenstr. 11. Telephon 835.